

Sozialdemokratischer Pressedienst

Chefredakteur:
Helmut G. Schmidt
Verantwortlich: Rudolf Schwinn

Telefon: (02 28) 21 90 38/39
Telex: 8 86 846 ppbn d

Inhalt

Horst Sielaff MdB zu 15
Jahren Ostverträge: Wege
zur Versöhnung eröffnet.
Seite 1

Robert Antretter MdB und
Heidemarie Wiczorek-Zeul
MdB zur Delor-Kritik an
Bonn: Bundesregierung ver-
liert Ansehen.
Seite 3

Margitta Terborg MdB zu
den Gesprächen einer Dele-
gation der SPD-Bundestags-
fraktion in der DDR: Er-
folgreiche Reise.
Seite 4

Dokumentation
Der Obmann der SPD-Frak-
tion im Auswärtigen Aus-
schuß des Bundestages,
Karsten D. Voigt, spricht
auf einer Kundgebung der
SPD Hessen-Süd zur Ab-
rüstung: In Ost und West
Raketen, aber auch Feind-
bilder abbauen.
Seite 5

42. Jahrgang / 92

15. Mai 1987

Wege zur Versöhnung eröffnet

Vor 15 Jahren wurden der Warschauer und der Moskauer Vertrag
verabschiedet

Von Horst Sielaff MdB

Vorsitzender des Zentralverbandes Mittel- und Ostdeutscher
(ZMO)

(1)

Am 17. Mai 1972 fand die abschließende Abstimmung über den
Warschauer und den Moskauer Vertrag im Deutschen Bundestag
statt. Die Bundesrepublik Deutschland und die Volksrepublik
Polen bekräftigten darin „die Unverletzlichkeit ihrer bestehenden
Grenzen jetzt und in der Zukunft und verpflichteten sich gegensei-
tig zur uneingeschränkten Achtung ihrer territorialen Integrität.
Sie erklären, daß sie gegenseitig keinerlei Gebietsansprüche ha-
ben und solche auch in Zukunft nicht erheben werden.“

In dem Vertrag zwischen der Bundesrepublik Deutschland und der
UdSSR verpflichteten sich ebenfalls beide Staaten, „die territoria-
le Integrität aller Staaten in Europa in ihren heutigen Grenzen un-
eingeschränkt zu achten. Sie erklären, daß sie keine Gebietsan-
sprüche gegen irgend jemand haben und solche in Zukunft auch
nicht erheben werden; sie betrachten heute und künftig die Grenzen
aller Staaten in Europa als unverletzlich, wie sie am Tage der
Unterzeichnung dieses Vertrages verlaufen, einschließlich der
Oder-Neiße-Linie, die die Westgrenze der Volksrepublik Polen bil-
det.“

Bei der Abstimmung im Deutschen Bundestag waren eineinhalb
Jahre seit Unterzeichnung der Verträge durch die jeweiligen Regie-
rungen vergangen. Zweck und Geist dieser Verträge war eindeutig;
der status quo wurde anerkannt. Die sozialliberale Koalition wollte
Schluß machen mit der Lebenslüge mancher Deutscher von der
Wiedervereinigung, wie Willy Brandt später bekannte.

Aber die Unionspolitiker waren schon damals zerstritten in dieser
Frage. Wie heute Helmut Kohls, so war das Ziel der Union auch
damals „diese Anerkennung rechtlich zu relativieren und zeitlich zu
begrenzen. Die Unionsparteien setzten eine EntschlieÙung durch,
in der festgehalten wurde, daß die Verträge keine Rechtsgrundlage
für die heute bestehenden Grenzen schaffen würden.“

Verlag, Redaktion und Druck:
Sozialdemokratischer Pressedienst GmbH
Heussallee 2-10, Pressehaus 1/217
5300 Bonn 1, Postfach 120408

Erscheint täglich von Montag bis Freitag,
Bezug nur im Abonnement. Preis DM 82,50
inkl. zuzügl. MwSt und Versand.

Verleger: Göttinger
Verlags- und
Druckerei



Polen und die Sowjetunion hatten dagegen im guten und berechtigten Glauben diese Vertragswerke unterschrieben, um damit eine endgültige und dauerhafte Grenzbestätigung zu erhalten. Da allein Vertragstexte verbindlich sind und einseitige Interpretationen von Verträgen keinerlei Verbindlichkeit besitzen, konnten sie sich auch mit dem Beschluß des Bundestages, mit der EntschlieÙung, abfinden.

Der theoretische Dauerstreit in den Unionsparteien über die Endgültigkeit dieser Grenzankennung auch bei Abschluß eines Friedensvertrages findet zwischen den Stahlhelmen und den Realpolitikern in der Union bis in die heutigen Tage statt.

(II)

Der Versöhnungsgeist der Ostverträge fand in allen Bevölkerungsgruppen große Zustimmung. Nur „kalte Krieger“ und Vertriebenenfunktionäre versuchten mit aller Kraft eine Revision. Aber trotz Mißbrauchs von Heimatliebe gelang sie nicht. Nur Ewiggestrige wollen dies nicht eingestehen. Vielmehr setzte sich auch bei vielen Vertriebenen und Aussiedlern/innen die Erkenntnis durch, die der Berichterstatter des Rechtsausschusses, der sozialdemokratische Abgeordnete Dr. Klaus Arndt, in einer persönlichen Erklärung am 17. Mai 1972 abgab, in der es hieß:

„Obwohl meine beiden Großväter Ostpreußen waren, mein Vater in Königsberg geboren ist und ich 1954 mit meiner Familie aus Schlesien vertrieben wurde, will ich den Teufelskreis von Haß und Vertreibung jedenfalls für meine Person durchbrechen. Ich gestehe den 40 Prozent bereits dort geborenen Polen und Russen in diesen Gebieten heute das gleiche Heimatrecht zu, das meine Familie und ich bis 1945 dort besessen haben. Gerade auch im Hinblick auf das millionenfache Leid, das im deutschen Namen Polen und Russen von 1939 bis 1945 angetan wurde, halte ich dies auch für moralisch vertretbar und geboten.“

Dieser Geist ermöglichte nach der Aussöhnung mit Frankreich und den Nachbarländern im Westen vielfältige Wege der Versöhnung auch mit den Menschen in Polen und der Sowjetunion. Er ermöglichte auch die Behandlung schwieriger Themen zwischen Deutschen und Polen, er führte dazu, daß auch die Verantwortlichen in der Volksrepublik Polen heute öffentlich bekennen, daß die Steine in den ehemaligen deutschen Gebieten deutsch und polnisch sprechen.

(—/15.5.1987/rs/fr)

* * *

Bundesregierung verliert Ansehen

Delors Kritik ist ein Warnsignal

**Von Robert Antretter MdB und
Mitglied der Parlamentarischen Versammlung des Europarates**

**Heidemarie Wieczorek-Zeul MdB
Mitglied des SPD-Präsidiums**

Wenn Jaques Delors immer wieder auf schnelle Entscheidungen der Europäischen Gemeinschaft drängt, um die überfälligen Reformen bei der Agrarpolitik, bei den Strukturfonds und beim Finanzierungssystem auf den richtigen Weg zu bringen, dann tut er dabei nichts anderes als seine Pflicht. Schließlich muß sich der Präsident der Kommission als Motor der Einigung bewähren. Gewiß hat er die Mehrheit des Europäischen Parlaments auf seiner Seite, wenn er sich im Augenblick öffentlich über das bloß taktische Verhalten der zwölf Regierungen ärgert.

Daß er jetzt in einem Interview mit der „Welt“ die Europapolitik der Bundesregierung - wenngleich mit verhalten freundschaftlichen Worten - kritisiert hat, kann niemanden mehr verwundern. Zu offensichtlich ist die Bremserrolle von Bonn geworden, seit es um die Neuordnung des Finanzsystems geht und dabei insbesondere ein gerechter Nord-Süd-Ausgleich der Gemeinschaft auf der Tagesordnung steht. Stil und Substanz der Bonner Europapolitik sind mangelhaft. Unvergessen ist das peinliche Kiechle-Veto beim Getreidepreis. Und die phantasielose Haltung des Landwirtschaftsministers macht seither Schule bei anderen, die Ihre nationalen Egoismen über die Grenze des Erträglichen ausreizen.

Zu Recht sucht jetzt Jaques Delors die Verhältnisse gerade zu rücken. Er mahnt die Kohl-Regierung, stärker zur Sache und weniger „mit Übertreibungen“ zu reden. Der Präsident hat auch Recht, wenn er darauf hinweist, daß die Bundesrepublik Deutschland durch den gemeinsamen Markt und das Europäische Währungssystem wirtschaftlich der „größte Nutznießer“ der Gemeinschaft ist, womit sich das „Zahlmeistergerede“ eigentlich verbieten sollte. Die Lücke, die zwischen deutscher Wirtschaftskraft und politischer Kompetenz klafft, ist in der Tat schwer auszuhalten. Ihrer Verantwortung wird die Regierung Kohl nicht gerecht.

Wir Sozialdemokraten werten deshalb Zeitpunkt und Gewicht der Aussagen von Jaques Delors als Warnsignal. Bis Juli muß eine Lösung der Finanzfragen der Gemeinschaft gefunden werden. Die Bundesregierung hat bisher kein eigenes Konzept vorgelegt. Angeblich prüft sie immer noch die Konsequenzen der von der Kommission vorgeschlagenen Reformen.

Dazu stellen wir fest: Delors Warnung ist berechtigt. Im August droht tatsächlich die Zahlungsunfähigkeit der Gemeinschaft. Die Verzögerungstaktik der Regierung Kohl kann verhängnisvoll werden, weil jede europapolitische Initiative fehlt. Die Bundesrepublik Deutschland verliert, wie das Delors-Interview zeigt, weiterhin an internationalem Ansehen. Das könnte sich für uns alle bitter rächen.

(-/15.5.1987/vo-he/rs)

Eine erfolgreiche Reise

Erste Bilanz der Gespräche der Delegation der SPD-Bundestagsfraktion in der DDR

Von Margitta Terborg MdB
Mitglied des Bundestagsausschusses für innerdeutsche Beziehungen

Wir sind über den Verlauf der Reise vom 11. bis 14. Mai 1987 nach Berlin (Ost) und Dresden sehr zufrieden. Es handelte sich um die dritte Begegnung zwischen beiden Delegationen, die sich besonders den Fragen der Jugendpolitik widmen. Bei den bisherigen Treffen wurden Fragen des Jugendaustauschs und der Berufsbildung behandelt. Wir konnten mithelfen, einige Probleme des Jugendaustauschs zu lösen. In Fragen der Berufsbildung haben wir konkrete Vorschläge gemacht, die weiterhin im Gespräch bleiben werden.

Mit dieser Reise haben wir den Informationsaustausch über die neuen Technologien und ihrer Auswirkungen auf die Lebens- und Arbeitswelt junger Menschen begonnen. Er wird im Januar 1988 in der Bundesrepublik fortgesetzt. Außerdem hat die SPD eigene Vorschläge zur Friedenserziehung in beiden deutschen Staaten unterbreitet. Sie werden von der FDJ geprüft, ergänzt und weitere Gespräche auf diesem schwierigen Gebiet ermöglichen.

In einer Reihe von Diskussionen mit jungen Wissenschaftlern, Facharbeitern und Betriebsdirektoren beschäftigen sich die beiden Delegationen mit den konkreten Auswirkungen der neuen Technologien im Bildungsbereich und am Arbeitsplatz. Die FDJ informierte über ihre Bemühungen, die Einführung neuer Produktionsmethoden mit einer breiten Qualifizierungsoffensive vorzubereiten. Dabei wird an vielen Schulen, Hochschulen, Betrieben, in Jugendclubs und Computer-Kabinetten jungen Menschen das Wissen um die neuen Technologien vermittelt.

Eingehend erörterten wir mit unseren Gastgebern die Frage der sozialen Folgen und der sozialen Steuerung bei der Einführung neuer Technologien. Wir konnten uns von dem großen Interesse der Jugendlichen an der neuen Technik überzeugen. Durch Weiterbildungsmaßnahmen will die DDR der Abqualifizierung von Arbeitnehmern begegnen.

Auch die technischen Neuerungen werden das Recht auf einen Arbeitsplatz, und zwar ohne Einkommensverlust, weitergewährleisten. Besonderen Raum nahm auch die Frage der Beteiligung junger Frauen an Bildung und Weiterbildung ein. Auch in der DDR gibt es da noch Defizite, wenngleich die Beteiligung junger Frauen von Jahr zu Jahr wächst.

Die oben genannten Problem- und Lösungswege, die sich aus gemeinsamen Fragestellungen ergeben, werden aus bundesrepublikanischer Sicht bei der vierten Begegnung weiter behandelt. Dabei werden unsere jungen Menschen zu Wort kommen.

(-/15.5.1987/rs/ks)



DOKUMENTATION

Karsten D. Voigt: Wir wollen in Ost und West Raketen, aber auch Feindbilder abbauen

Der Obmann der SPD-Fraktion im Auswärtigen Ausschuß des Deutschen Bundestages, Karsten D. Voigt, macht auf einer Kundgebung der SPD Hessen-Süd am 16. Mai in Oberursel folgende Ausführungen. (Sperrfrist: 16. Mai, 12.00 Uhr).

Wir Sozialdemokraten drängen auf Abrüstung. Die Christdemokraten fürchten Abrüstung. Früher sahen die Christdemokraten Westeuropa durch sowjetische Raketen bedroht. Heute wächst ihre Angst mit jedem neuen sowjetischen Abrüstungsvorschlag. Wir Sozialdemokraten haben immer eine Änderung der sowjetischen Abrüstungspolitik gefordert. Wir haben diese Änderung der sowjetischen Politik aber auch für möglich gehalten.

Aber es bleibt leider auch wahr: Wenn die Sowjetunion dem Sozialdemokraten Helmut Schmidt die gleichen Angebote gemacht hätte, wie Gorbatschow jetzt dem Christdemokraten Kohl, wäre uns viel erspart geblieben.

Wir wollen in Ost und West Raketen, aber auch Feindbilder abbauen.

Der CDU schlottern jetzt die Hosen, weil alte Feindbilder ins Wanken geraten. Die Christdemokraten reagieren panikartig, weil Gorbatschow westliche Abrüstungsvorschläge anzunehmen beginnt. Der abrüstungspolitische Sprecher der CDU/CSU, Todenhöfer, hat schon vor einem Jahr gesagt, dies sei das Schlimmste, was dem Westen passieren könne.

Jetzt wird offenbar, daß Bundeskanzler Kohl zwar von dem Frieden mit immer weniger Waffen redet, aber nie darauf vorbereitet war, seinen Worten auch Taten folgen zu lassen. Die wahren Gegner der Abrüstung sitzen zur Zeit nicht in Washington und Moskau sondern in Bonn und München.

Als die beiden Weltmächte zur Abrüstung nicht fähig waren, da haben wir uns in der Partei darüber gestritten, wie man trotz zunehmender internationaler Spannungen den Handlungsspielraum deutscher Politik am besten für eigene Abrüstungsinitiativen nutzen könne. Die CDU/CSU streitet sich heute darüber, wie man den Einfluß der Bundesregierung nutzen kann, damit der Interessenausgleich zwischen den Weltmächten verzögert und Abrüstung blockiert wird. Der Stahlhelmfügel in der CDU/CSU ist nur so lange proamerikanisch, wie die Amerikaner antisowjetisch bleiben. Wenn die USA und die Sowjetunion sich aber verständigen wollen, dann beginnt Alfred Dregger vor einer abrüstungspolitischen Verschwörung der Weltmächte gegen deutsche Interessen zu warnen.

Es ist ihre große Sorge vor einer erneuten entspannungspolitischen Zusammenarbeit der beiden Weltmächte, die Strauß und Dregger wieder einmal von einer deutschen Mitverfügung über eine künftige europäische Atomstreitmacht zu träumen veranlassen. Diese Wunschträume von Strauß und Dregger sind Alpträume für unsere Nachbarn in Ost und West. Wir bekämpfen diesen Nuklearfetischismus von Strauß und Dregger. Unsere Perspektive ist ein atomwaffenfreies Europa und keine europäische Atomstreitmacht.

Auch eine doppelte Null-Lösung wäre noch nicht gleichbedeutend mit einer Ent-Nuklearisierung Europas oder einer Überwindung der nuklearen Abschreckung. Trotzdem würde eine derartige Vereinbarung einen ersten Bruch mit dem bisher ungehemmten nuklearen Rüstungswettlauf in Europa darstellen. Sie wäre ein erster, vor allen Dingen auch politisch und psychologisch bedeutender Schritt in Richtung auf eine drastische Verringerung der nuklearen Potentiale in Europa und weltweit. Diese prinzipielle Bedeutung lohnt unseren Einsatz für ein derartiges Abkommen nicht nur innerhalb sondern auch außerhalb des Parlaments. Eben diese prinzipielle Bedeutung und weitere Folgeabkommen fürchtet die CDU/CSU.



Die Ablehnung der doppelten Null-Lösung ist auch sicherheitspolitisch gesehen irrational. Bisher war auch die CDU/CSU der Meinung, daß mit den in Westeuropa stationierten Nuklearwaffen kürzerer Reichweite ein größeres Risiko einer Entkoppelung und eines auf Europa beschränkten Nuklearkrieges verbunden sei, als mit Nuklearwaffen interkontinentaler und eurostrategischer Reichweite. Wenn die CDU/CSU jetzt ihren Widerstand gegen eine Null-Lösung bei den Mittelstreckenwaffen größerer Reichweite aufgegeben hat - und dies ist auch ein später Erfolg der SPD und der Friedensbewegung -, die Null-Lösung aber für Mittelstreckenwaffen mit kürzerer Reichweite ablehnt, dann ist dies sicherheitspolitisch geradezu absurd und widerspricht diametral deutschen Interessen. Wenn im Rahmen der Logik der nuklearen Abschreckungsdoktrin der NATO irgendeine militärische Konstellation entkoppelnd wirkt, dann eine vereinbarte Null-Lösung bei Nuklearwaffen größerer Reichweite bei gleichzeitig andauerndem Rüstungswettlauf bei Nuklearwaffen kurzer und kürzester Reichweite.

Bis die Sowjetunion ihre neuen Abrüstungsvorschläge vorlegte, hat die CDU/CSU genauso argumentiert. Damals warnten Manfred Wörner und Alfred Dregger vor der wachsenden Überlegenheit des Warschauer Paktes im Bereich der Raketen kürzerer Reichweite. Damals sagten sie, wenn die Sowjetunion nicht auch bei den Nuklearwaffen kürzerer Reichweite abrüste, dann müsse der Westen nachrüsten. Jetzt will die Sowjetunion auch hier abrüsten. Aber die CDU/CSU will immer noch nachrüsten. Sie war und ist stets mehr an westlicher Nachrüstung als an sowjetischer Abrüstung interessiert. Das war 1979 so. Das war im Jahre 1983 so. Und dieser Waffenfetischismus treibt auch gegenwärtig die CDU/CSU um.

Bei ihrem Widerstand gegen die doppelte Null-Lösung sind Ihre Hintergedanken schon auf neue Rüstungsprojekte gerichtet. Wörner, Strauß und Dregger unterstützen ein gemeinsames europäisch-amerikanisches Programm zur Abwehr von Flugkörpern mit kurzer und mittlerer Reichweite. Dieses europäische SDI-Programm würde seine militärische Begründung weitgehend verlieren, wenn die sowjetischen Raketen, gegen die es sich richten soll, abgebaut würden. Dieser Hinweis auf europäische SDI-Pläne macht den Widerstand gegen eine doppelte Null-Lösung nicht logischer aber vielleicht erklärbarer.

Sicherheitspolitisch logisch wäre es nur, wenn die Bundesregierung nach einer Vereinbarung über eine doppelte Null-Lösung auf einen drastischen Abbau der in Ost und West stationierten nuklearen Gefechtsfeldwaffen und auf eine beiderseitige strukturelle Nichtangriffsfähigkeit drängen würde. Unser Vorschlag für einen atomwaffenfreien Korridor zielt sowohl auf nukleare Abrüstung wie auch auf konventionelle Stabilisierung. Die CDU/CSU lehnt auch dies ab. Die CDU/CSU fordert zwar konventionelle Abrüstung. Aber konkrete Pläne von ihr gibt es bisher nicht. Nachdem der Warschauer Pakt durch die Volksrepublik Polen nun auch hierfür neue Vorschläge vorgelegt hat, reagiert die CDU/CSU ebenso ratlos mit einem Chaos der Scheinargumente wie nach den sowjetischen Angeboten zur nuklearen Abrüstung.

Die CDU/CSU hat den Frieden mit immer weniger Waffen als rhetorische Verbeugung vor der Abrüstungssehnsucht der Mehrheit der deutschen Bevölkerung stets im Munde geführt, sich aber konzeptionell nur auf Aufrüstung vorbereitet. Die CDU/CSU verharrt in der Verblockung des Denkens. Wir sehen in der neuen Beweglichkeit der sowjetischen Abrüstungspolitik die historische Chance für mehr sicherheitspolitische Stabilität durch Reformen in Richtung auf eine künftige Sicherheitspartnerschaft zwischen Ost und West. Der Optimismus der CDU/CSU fixiert sich auf neue Waffentechnologien des Westens. Unser Optimismus drängt und hofft auf eine zweite Phase der Entspannungspolitik.

Wenn es zu einer doppelten Null-Lösung kommt, dann nicht wegen dieser Regierung sondern nur trotz dieser Regierung. Deshalb fordern wir die Friedensbewegung auf, jetzt mit dem gleichen Engagement für den Abbau der Raketen in Ost und West zu demonstrieren, wie sie 1983 gegen den Beginn ihrer Stationierung demonstrierte. Wer sich heute nicht mit uns bewegt, wird auch für die Abrüstung nichts bewegen.

(-/15.5.1987/rs/ks)

* * *

